

## Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 25.11.2009  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 18:45 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verw. gebäude II

### Anwesend:

**Vorsitzender**  
Bolinius, Rolf

**SPD-Fraktion**  
Götze, Horst  
Grix, Helga  
Meinen, Regina  
Meyer, Elfriede  
Meyer, Lina  
Schulze, Kai-Uwe

**CDU-Fraktion**  
Janßen, Heinz Werner  
Orth, Petra

**FDP-Fraktion**  
Hoofdmann, Erwin für Heino Ammersken

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**  
Schild, Walter

**Fraktion DIE LINKE. Grundmandat**  
Graf, Wilfried

**Beratende Mitglieder**  
Grix, Wilhelm Vertreter der AWO  
Haarmeyer, Norbert Vertreter der Caritas  
Hayenga, Klaas Vertreter der ev.-ref. Kirche  
Hollander, Volkmar Vertreter des DRK  
Janssen, Soghra Vertreterin des Integrationsrates  
Steinmeyer, Elke Vertreterin des Behindertenbeirates

**von der Verwaltung**  
Tempel, Doris  
Decker, Ubbo Dr.  
Engels, Josef Sozialplaner  
Szag, Elisabeth  
Dübbelde, Sven

**Protokollführung**  
Jetses, Karin

## Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

### Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr R. Bolinius** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 16.09.2009

**Beschluss:**

Die Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 16.09.2009 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

### **B E S C H L U S S V O R L A G E N**

TOP 5 Delegiertenversammlung zur Wahl von Mitgliedern des Seniorenbeirats der Stadt Emden  
Vorlage: 15/1400

**Frau Tempel** erklärt, der Bürgerverein Petkum sei schon in der letzten Legislaturperiode mit aufgenommen worden, aber erst jetzt hätte sich ein Mitglied bereit erklärt, in der Delegiertenkonferenz mitzuwirken. **Frau L. Meyer** erklärt, die SPD-Fraktion werde der Vorlage 15/1400 zustimmen.

## Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

**Frau Orth** möchte wissen, ob sich jeder für diese Tätigkeit melden könne. **Frau Tempel** antwortet, dass die Vereine regelmäßig Seniorenarbeit leisten müssten. Dies könnten u. a. Treffen mit unterschiedlichen Angeboten sein. Die Veranstaltungen sollten über eine Teilnehmerstärke von ca. 20 Personen in der Altersgruppe ab 60 Jahren verfügen. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt würden, hätten die Vereine die Möglichkeit, in die Delegiertenversammlung mit aufgenommen zu werden.

### Beschluss:

Das Verzeichnis der in der Altenhilfe tätigen Organisationen, Einrichtungen und Dienste wird um den Bürgerverein Petkum erweitert.

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Infektionsschutz - Behandlung von Kopfläusen  
Vorlage: 15/0725/1

**Herr Dr. Decker** zeigt sich erfreut, dass der Verwaltung für die Behandlung von Kopfläusen in dem Zeitraum vom 01.07.2008 bis 30.06.2009 lediglich Kosten in Höhe von 1.000,- € entstanden seien. Damit seien die geschätzten Kosten in Höhe von 8.000,- bis 12.000,- € deutlich unterschritten worden. Er bittet gemäß Beschlussempfehlung um Zustimmung zu einer weiteren Durchführung dieser Maßnahmen in den Jahren 2010 und 2011.

**Frau L. Meyer** möchte wissen, ob es schwierig sei, die Läuse überhaupt „in den Griff“ zu bekommen. Sie hätte gehört, dass in einigen Familien die Läuse resistent gegen das Läusebekämpfungsmittel seien. **Herr Dr. Decker** bestätigt dies. Natürlich sei eine große Sorgfalt nötig, um die Läuse zu bekämpfen. Wenn diese auch nur in Einzelfällen vernachlässigt werde, komme die Infektion sofort wieder zum Ausbruch. Dies werde man nicht verhindern können. Er verweist auf die Läusesprechstunde der Verwaltung für Eltern oder Schulkräfte. In Einzelfällen und soweit die Personalkapazitäten der Stadt Emden dies erlaubten, würde sogar direkt in den Familien bei der Läusebekämpfung mitgeholfen.

**Herr Haarmeyer** möchte Auskünfte zu den zwei unterschiedlichen Läusemitteln, die auf dem Markt seien. Er hätte gehört, dass das etwas teurere Läusemittel wirkungsvoller sei. **Herr Dr. Decker** bestätigt die unterschiedliche Qualität der einzelnen Mittel. Die Verordnung der etwaigen Mittel liege aber ausschließlich in der Kompetenz des behandelnden Arztes. Bezüglich der geringen Kostendifferenzen seien ihm Einschränkungen der Krankenkassen aber nicht bekannt. Im Bedarfsfall sollte der behandelnde Arzt auf das Problem angesprochen werden.

**Herr Schild** erklärt, ihn wundere der enorme Preisunterschied zwischen den geschätzten Kosten in Höhe von 8.000,- bis 12.000,- € und den tatsächlichen Kosten in Höhe von 1.000,- €. **Herr Dr. Decker** antwortet, dies liege zum einen an den Schwankungen der „Infektionsfreudigkeit“ der Läuse. Zum anderen sei es schwer gewesen, die Kosten für dieses erstmalig eingeführte System einzuschätzen. Er freue sich auf jeden Fall über die Einsparungen.

### Beschluss:

Die Stadt Emden stellt im Rahmen des Infektionsschutzes Personen über 12 Jahren, die regelmäßige Leistungen nach dem SGB II bzw. SGB XII oder dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, im Falle der ärztlichen Verordnung die zur Behandlung notwendigen Läusemittel zur

## Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Verfügung. Gleiches gilt auch für Personen, die in Einrichtungen für Obdachlose betreut werden. Die nachstehend genannte Verfahrensweise soll bis zum 31.12.2011 angewandt werden.

**Ergebnis:** einstimmig

### MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 7 Aktuelle Situation bzgl. der Influenza H1N1 im Zuständigkeitsbereich der Stadt Emden  
Vorlage: 15/1402

**Herr Dr. Decker** erläutert, dass die Aggressivität der Influenza H1N1 (Schweinegrippe) sich nicht verändert hätte. Nach wie vor sei der Verlauf der Krankheit milder als die gewöhnliche Grippe. 59 Personen seien – labordiagnostisch nachgewiesen – bisher an der Schweinegrippe erkrankt, wobei diese Zahl aufgrund der nicht mehr durchgeführten Laborkontrollen nicht viel Aussagekraft habe. Die tatsächliche Zahl werde auf jeden Fall um ein Vielfaches höher liegen.

Die überwiegende Zahl der Erkrankten sei bei den Kindern im Alter von 2 – 12 Jahren zu finden. Dies erkläre sich mit dem sehr viel stärkeren Immunsystem eines Erwachsenen. Die Meldepflicht nach dem Infektionsschutzgesetz sei seit der 46. Woche lediglich auf Todesfälle und Ausbrüche in Betreuungseinrichtungen beschränkt worden. Die Anzeichen für eine Schweinegrippe seien lt. Definition des Robert-Koch-Institutes

- akuter Krankheitsbeginn
- Husten
- Fieber über 38 Grad
- Muskel-, Glieder- und/oder Kopfschmerzen

In den ersten Wochen hätte die Bevölkerung auch in der Stadt Emden einer Impfung aufgrund der unterschiedlichen Meldungen in den Medien sehr skeptisch gegenüber gestanden. Diese Skepsis hätte sich zwischenzeitlich gelegt und die Nachfrage sei deutlich gestiegen, so dass momentan ein Engpass bezüglich des Impfstoffvorrates bestehe.

**Herr Schulze** moniert die unterschiedlichen Informationen aus den Medien. Dies hätte zu einer großen Verunsicherung der Bevölkerung geführt. Er möchte wissen, ob in dem Impfstoff Quecksilber enthalten sei. Außerdem hätte er gehört, dass die Pharmaindustrie aufgrund der fehlenden Langzeitstudie mit dem Impfstoff keine Haftung mehr für die Folgen der Impfungen übernehme. Er erkundigt sich, wer diese jetzt übernehme.

Danach verweist er auf die drei verschiedenen Impfstoffe in Deutschland:

- a) für die Bundesregierung
- b) für das gemeine Volk
- c) für Schwangere

Er wundert sich, warum in Akutfällen kein Abstrich mehr gemacht werde und fragt, ob dieser zu teuer geworden oder einfach nicht mehr notwendig sei.

**Herr Dr. Decker** meint, dass hinter den verschiedenen Fragen von Herrn Schulze eigentlich die Frage „schwebe“, ob die Impfung sinnvoll sei. Menschen mit sehr vielen Kontakten oder Im-

## Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

mungeschwächte hätten natürlich ein größeres Risiko als gesunde Bürger. Hier mache die Impfung auf jeden Fall Sinn.

In der Praxis hätten sich die Nebenwirkungen einer Impfung als nicht so dramatisch herausgestellt als zunächst befürchtet worden sei. Die Entscheidung für oder gegen eine Impfung müsse jeder Mensch individuell für sich treffen.

Er stimmt Herrn Schulze zu, dass die nicht einheitlich stattgefundene Informationspolitik äußerst unglücklich gewesen sei und dem FD Gesundheit viel Arbeit durch zahlreiche Anrufe der Bürger beschert hätte.

Bezüglich des nicht mehr vorgenommenen Abstrichs erklärt er, dass das Landesgesundheitsamt irgendwann logistisch überfordert gewesen sei. Außerdem mache der Abstrich auch nicht mehr viel Sinn, da von einer Eindämmung der Krankheit (durch Isolation der Erkrankten o. ä.) inzwischen nicht mehr ausgegangen werden könne. Außerdem werde die Schweinegrippe kaum anders als die normale Grippe behandelt.

Herr Dr. Decker bestätigt, dass der Impfstoff Quecksilber enthalte. Dies sei aber auch in einigen anderen Impfstoffen enthalten und werde als Wirkstoffverstärker eingesetzt. Da das Bundesinstitut für Arzneimittelprüfungen den Impfstoff überprüft habe, gehe er davon aus, dass das Quecksilber ungefährlich sei.

Da der Bund und die Länder für eine schnelle Beschaffung der Impfstoffe plädiert hätten, sei mit der Pharmaindustrie daher aufgrund der gewünschten Geschwindigkeit für die Beschaffung der Impfstoffe eine gewisse Übernahme des Risikos von Bund und Ländern verlangt worden.

Er bestätigt, dass es drei Impfstoffe gäbe, wobei die Qualität der einzelnen Impfstoffe aber nicht wirklich unterschiedlich sei. Es hätte sich herausgestellt, dass der Impfstoff für das gemeine Volk die größte Wirksamkeit habe. Der Impfstoff für Schwangere werde in den nächsten zwei Wochen auf den Markt kommen.

**Frau Orth** zeigt sich enttäuscht, dass das Emdener Gesundheitsamt nicht impfe. Auch von den niedergelassenen Hausärzten würden sich einige weigern. Sie bittet darum, in der Presse bekannt zu geben, wer von den in Emden niedergelassenen Ärzten gegen Schweinegrippe impfe. **Herr Dr. Decker** stellt klar, dass das Gesundheitsamt die Risikogruppen, die z. B. in der Medizin, in der Altenpflege, bei der Feuerwehr, beim Rettungsdienst oder beim Katastrophenschutz tätig seien, durchaus impfe. Zu einer Impfung der gesamten Stadt Emden sei das Emdener Gesundheitsamt mit zwei Ärzten leider nicht in der Lage.

Aus seiner Sicht sei es am sinnvollsten, wenn der Ärzteverein den niedergelassenen Ärzten in Emden eine Liste der impfenden Ärzte gebe, so dass jeder Hausarzt, der nicht selber impfen wolle, seine Patienten an einen Kollegen bzw. eine Kollegin verweisen könne. Die Kinderärzte hätten eine andere Regelung getroffen. Dort sei wöchentlich ein Kinderarzt für die Schweinegrippe-Impfung zuständig.

Bezüglich des knappen Impfstoffes meint er, dass es zurzeit keine andere Lösung gäbe, als sich auf eine Warteliste setzen zu lassen.

**Herr Engels** weist darauf hin, dass der Wirkstoffverstärker in der Vergangenheit auch bei Impfungen amerikanischer Soldaten verwendet worden sei, die in den Golfkrieg gezogen seien. Dieser Wirkstoffverstärker hätte anschließend die „Golfkriegskrankheit“ ausgelöst, dessen Auswirkungen sich erst nach längerer Zeit gezeigt hätten.

## Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

**Frau L. Meyer** erkundigt sich, woher der Begriff „Schweinegrippe“ stamme. **Herr Dr. Decker** erläutert, dass neben den Vögeln auch die Schweine für menschliche Influenza-Viren empfänglich seien. Die Menschen könnten daher die Schweine anstecken. In dem Schwein könne sich das Virus dann verändern und anschließend an Mensch oder Tier weitergegeben werden. Diese Kette könne zu einer Gefährlichkeitserhöhung von Viren führen. In diesem Fall sei der Wirt das Schwein gewesen, das die Veränderung zu einem H1N1-Virus bewirkt hätte.

**Herr Hollander** erklärt, dass die Golfkriegskrankheit eine „Ente“ gewesen sei, da der Immunreizstoff in dem Impfstoff, den die Amerikaner seinerzeit erhalten hätten, gar nicht enthalten gewesen sei. Er sei der Meinung, dass die mangelhafte Versorgung mit den Impfstoffen zu Ungerechtigkeiten und Problemen führe. Viele Patienten würden aber, nachdem sie festgestellt hätten, dass der Krankheitsverlauf der Schweinegrippe milde sei, zunächst abwarten. Ob die Versorgung mit Impfstoffen sich in den nächsten zwei Wochen verbessern werde, könne noch nicht vorhergesagt werden. Bezüglich der impfenden Ärzte verweist er auf die Hotline der Kassenärztlichen Vereinigung in Aurich.

**Herr Schulze** möchte wissen, ob der Körper nach einer H1N1-Erkrankung Antikörper gebildet habe. **Herr Dr. Decker** bestätigt dies. Damit sei man – genau wie ein Geimpfter - auch nicht mehr Überträger der Schweinegrippe.

**Herr Graf** möchte wissen, ob die Krankheit auch über den Verzehr von Schweinefleisch übertragen werden könne. **Herr Dr. Decker** verneint dies.

**Frau L. Meyer** erkundigt sich, ob das Medikament Tamiflu noch angewandt werde. **Herr Dr. Decker** erwidert, dass das wirksame Medikament Tamiflu nach wie vor verschrieben werde. Weiter möchte **Frau L. Meyer** wissen, wer Interesse an der Erklärung habe, die die Patienten vor der Impfung unterschreiben müssten. **Herr Dr. Decker** antwortet, dies sei bei jeder anderen Impfung auch üblich. Damit lasse der Arzt sich das Aufklärungsgespräch bestätigen, in dem er den Patienten auf die Gefahren einer Impfung (z. B. das Eintreten eines allergischen Schocks) und das Verhalten des Patienten nach einer Impfung (z. B. keinen Sport zu treiben) hinweise. Im anderen Fall könne der Arzt für die Folgen der Impfung haftbar gemacht werden.

**Frau L Meyer** fragt, was zu tun sei, wenn die Saisongrippe auf die Schweinegrippe treffe. **Herr Dr. Decker** erklärt, dass dann die Gefahr einer Mutation bestände. Diese könne aber auch stattfinden, ohne dass dort ein anderer Erreger hinzukommen müsse. Sinnvoll sei es daher auf jeden Fall, sich gegen beide Erkrankungen – im Abstand von 3 Wochen - impfen zu lassen. Es wäre aber auch eine simultane Impfung möglich.

**Herr Hoofdmann** möchte wissen, warum Patienten über 60 Jahren sich zweimal impfen lassen sollten. **Herr Dr. Decker** erwidert, dass es bisher nur bei Kindern aufgrund der aufgeteilten Impfdosis erforderlich sei, zwei Impfungen durchzuführen. Er sei der Meinung, dass eine Impfung bei Erwachsenen ausreiche. **Herr Hollander** bemerkt, die Ärzte könnten froh sein, wenn sie einen Großteil der Bevölkerung einmal geimpft hätten. Sicher sei es aber kein Fehler, die über 60-jährigen zweimal zu impfen.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

## Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

TOP 8 Sachstand zum 1. Sozialbericht für die Stadt Emden im Rahmen der Sozialplanung  
Vorlage: 15/1403

**Herr Engels** erläutert anhand einer Powerpointpräsentation den Sachstand zum 1. Sozialbericht der Stadt Emden. Diese wird als Anlage 1 dem Protokoll der heutigen Sitzung beigelegt.

**Frau Orth** geht auf die Checkliste des demografischen Wandels ein. **Herr Engels** nimmt Stellung zu den einzelnen Punkten der Checkliste. **Frau Tempel** entschuldigt sich für das Büroversehen der Verwaltung. Bei dieser Liste handele es sich um einen internen Versuch der Stadt Emden, zum Demografieprozess alle relevanten Themen bei der Fertigung von Beschlussvorlagen abzufragen. Hiermit solle das ressortübergreifende Denken – gerade im Hinblick auf den demografischen Wandel - gefördert werden. Es folgt eine Diskussion zwischen **Herrn Schild**, **Frau Tempel**, **Herrn Engels** und **Herrn Götze**.

**Herr Grix** bedankt sich für die von Herrn Engels vorgetragene Statistik, mit der eine Grundlage geschaffen worden sei. Dies sei ein kontinuierlicher Entwicklungsprozess, der sich immer wieder verändere. Schon vor fünf Jahren sei versucht worden, diese „sozialraumorientierte Schiene“ aufzubauen. Seinerzeit sei dies gescheitert.

**Herr Graf** geht noch einmal auf die Checkliste ein. Die Verwaltung nimmt Stellung.

**Herr Hollander** erklärt, dass lt. Meldegesetz bestimmte Merkmale nicht festgehalten dürften. Er möchte wissen, nach welchen Kriterien festgelegt werde, wer z. B. Aussiedler sei. **Herr Engels** erklärt, Aussiedler könne er nicht feststellen. Anhand der Daten der Meldedatei könne er aber den Geburtsort, das –land sowie die Staatsbürgerschaft der einzelnen Personen feststellen. In Kombination ergäben diese drei Dinge annähernd die Zahl der Aussiedler in der Stadt Emden.

**Herr Hollander** möchte wissen, ob diese Personen dann diskriminiert würden. **Herr Engels** verneint dies. Zum einen sei die Zahl der Aussiedler wichtig für die Planung, aber auch für das, was nachher an Handlungsbereichen entwickelt werde. Von daher seien Kenntnisse über die Bewohnerstruktur bezüglich Alter, Herkunft usw. in den verschiedenen Sozialräumen wichtig.

**Frau Orth** bittet um einen regelmäßigen Bericht über die weitere Entwicklung im Ausschuss für Gesundheit und Soziales. Sie möchte wissen, ob die von Herrn Engels durchgeführte Befragung per Post an die Emdener Bürger verschickt werde. **Frau Tempel** erwidert, dass es sich um keine Befragung, sondern um eine interne Arbeitsleistung der Kollegen Engels und Dübbelde gehandelt habe. **Herr Engels** fügt hinzu, dass auch weiterhin an der Analyse gearbeitet werde.

**Frau E. Meyer** erinnert an die seinerzeitige Gründung der Sozialraumkonferenzen in den einzelnen Emdener Stadtteilen. Heute würde nur noch im Stadtteil Port Arthur/Transvaal eine Sozialraumkonferenz abgehalten. Sie meine, dass dies eine gute Grundlage für den Erhalt von Informationen sei und plädiert dafür, die Sozialraumkonferenzen wieder in allen Emdener Stadtteilen zu integrieren. **Herr Engels** bedauert diese Entwicklung sehr. Dies läge aber auch an dem Mangel engagierter Personen vor Ort, die mit Kontinuität in dem Bereich arbeiteten. Dieser Prozess werde auch in der Thematik „Sozialraumorientierung“ mit einer Arbeitsgruppe begleitet, um Verbesserungen herbeizuführen.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

## Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

TOP 9 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Keine

TOP 10 Anfragen

### 1. Neues Gesundheitsamt

**Frau L. Meyer** erkundigt sich, inwieweit Herr Dr. Decker in die Planungen des neuen Gesundheitsamtes mit eingebunden sei. **Herr Dr. Decker** erklärt, dass die MitarbeiterInnen des Gesundheitsamtes sich im Vorfeld an den Planungen für das neue Gesundheitsamt beteiligen und Ideen zur Effizienzsteigerung einbringen konnten.

### 2. Zweiter Gesundheitsbericht

**Frau L. Meyer** fragt, ob der zweite Gesundheitsbericht noch im Ausschuss für Gesundheit und Soziales behandelt werde. **Herr Dr. Decker** bestätigt dies. Leider sei dies in der heutigen Sitzung aufgrund der aktuellen Themen nicht möglich gewesen. Dieser werde aber auf jeden Fall in einer der folgenden Sitzungen vorgestellt.

### 3. ARGE-Beirat

**Herr Graf** erkundigt sich, ob der Ausschuss für Gesundheit und Soziales auch über den zwischenzeitlich gebildeten ARGE-Beirat eine Berichterstattung erhalte. **Frau Tempel** erläutert, dass der ARGE-Beirat bisher lediglich einmal in einer konstituierenden Sitzung getagt hätte. Zukünftig werde es aber sicherlich Gelegenheit geben, über aktuelle Themen des Beirates auch im Ausschuss für Gesundheit und Soziales zu berichten. Sie bittet den Vorsitzenden des Beirates, Herrn Götze, Bescheid zu geben, wann er eine Berichterstattung für notwendig erachte.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.